



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bartels, Hugo: Die britische Regierung : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Berufe nachkommt, davon geben täglich viele Duzende von Leitartikeln schmerzliches Zeugnis. Wir wissen es zwar längst, daß alles Zureden dem von seiner Weisheit und Unübertrefflichkeit durchdrungenen Deutschen gegenüber vergeblich ist, aber leid thun uns solche Valenbürgerstreiche doch immer wieder von neuem, des Leiters der auswärtigen Politik und des Deutschen Reichs wegen, denen auf diese Weise so beschwerliche Klöße ans Bein gebunden sind.



Die britische Regierung

Von Hugo Bartels

(Schluß)



n der ganzen Weltgeschichte läßt sich nur die venetianische Oligarchie mit der britischen vergleichen. Hier wie dort dieselbe Thatkraft, derselbe Erfolg. Aber die Gefahr der Verknöcherung, die Venedig kraftlos zu einer Beute Bonapartes machte, drohte auch der britischen Regierung. So großes sie geleistet hatte, sie war doch bloß eine Klassenregierung, und gegen das Ende des achtzehnten Jahrhunderts mehrten sich die Anzeichen, daß sie nicht mehr so wie am Anfang den Besitz und die Bildung hinter sich hatte. Der Versuch, die amerikanischen Kolonien ebenso zu behandeln wie das britische Volk, war mißglückt, doch der Fehlschlag hatte keinen bleibenden Eindruck hinterlassen. Daheim blieb alles beim alten, und das Volk wurde mit schwerer Hand niedergehalten. Zur Zeit der französischen Revolution öffentlich von einer Reform des Parlaments zu sprechen, brachte vierzehn Jahre in Botanybai ein, und die Habeascorpusakte blieb jahrelang außer Kraft gesetzt.

Nach der Zeit des Kampfes gegen Napoleon, die innere Fragen in den Hintergrund gedrängt hatte, trat die Unzufriedenheit in vermehrter Stärke hervor. Das Volk nahm stetig zu an Zahl, es mühte sich ab in Fabriken und Bergwerken, aber von dem Reichtum, der sich häufte, floß nichts in seine Taschen. Eine erbarmungslose Ausbeutung drückte es herab auf ein Leben, das noch geringer war als ein tierisches Dasein. Je länger je größer wurde der Abstand zwischen Reich und Arm, Hoch und Niedrig, und die Regierung sah dem gleichmütig zu, teils aus Hochmut, teils weil sie sich durch schrankenloses Gewährenlassen die Mittelklassen zu verbinden glaubte. Solange sie nur mit den unorganisierten Massen zu thun hatte, brauchte sich die Regierung nicht zu fürchten. Am 19. August 1819 hatte in Manchester eine Abteilung der Yeomanryreiterei genügt, eine Volksversammlung von 60 000 bis 80 000 Menschen zu sprengen. Aber die Regierung sah auch den Mittelstand sich gegenüber mit einer Waffe, weit gefährlicher als die Steine des Pöbels, mit der Waffe der öffentlichen Meinung, die durch das gesprochene wie das geschriebene Wort eine

Reform forderte. Denn der Mittelstand war nicht gewillt, noch länger als gehorsamer Diener hinter dem Adel herzutrotten und sich mit den Brosamen zu begnügen, die vom Tische der Großen fielen. Er wollte nicht länger den bloßen Handlungsgehilfen in dem großen Geschäfte John Bull & Co. spielen, sondern sehnte sich nach der Stellung eines Teilhabers, zu der ihn sein Vermögen und seine Kenntnisse berechtigten. Das mußte die Oligarchie einsehen. Sie hatte nur die Wahl zwischen klugem Einlenken, das ihr die Möglichkeit fernerer Führung offen ließ, und einem Aufstande, der sie für immer aller Macht beraubt haben würde. Sie wählte das erste, indem sie in der Parlamentsreform den Mittelstand zur Teilnahme an der Regierung zuließ.

Die Reform des Parlaments schließt den zweiten Abschnitt in der Entwicklung der englischen Regierung seit dem Beginn der Neuzeit. Auf die persönliche Herrschaft des Königs war die der Parteien eines Standes gefolgt, und diese wich nun den Parteien aus mehreren Ständen. Der dritte Abschnitt steht unter dem Zeichen des Interessenausgleichs zwischen Adel und Mittelstand. Ein ungeheurer Fortschritt vollzieht sich in diesem Abschnitte. Der Staat ist nicht länger der Ausbeutung eines kurzfristigen Königs oder einer engen Adelskaste preisgegeben und wird in den Stand gesetzt, durch Ausdehnung der Verwaltung seine Aufgabe besser zu erfüllen. Aber über Parteilregierung ist das viktorianische England nicht hinausgekommen. So viele Gebrechen es geheilt hat, in diesem steht es nicht über der frühern Zeit.

Eine hohe Auffassung von dem Wesen und den Pflichten eines Staats war bei dem Mittelstande so wenig zu finden wie bei dem Adel. Seine Standeselbstsucht war um nichts geringer. Er bestand auf dem, was er für seinen Vorteil hielt, und dem hatte sich der Adel zu fügen. Die volkswirtschaftlichen Grundsätze, die durch hohe Kornzölle dem Adel seine Haupteinkommensquelle gesichert hatten, machten denen des Freihandels Platz, die den Ackerbau lähmten und das Land entvölkerten, aber Handel und Gewerbe förderten. Mehr als Ungebundenheit in der Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte verlangte der Mittelstand nicht, nach alleiniger Herrschaft zu streben lag ihm fern. Solange er also seinen eignen Vorteil gesichert sah, überließ er nicht ungerne die weitere Führung der öffentlichen Angelegenheiten dem regierungsgeübten Adel. Nicht lange, so erkannte auch dieser die Wege, seine in der Landwirtschaft erlittenen Verluste auszugleichen, und nahm an der Ausnutzung der durch die neue Volkswirtschaft erschlossenen Einnahmequellen mit demselben Eifer teil, mit dem er vordem die Schutzzölle verteidigt hatte.

Die Aufgabe, die den so verbündeten besitzenden Klassen erwuchs, wenn sie am Ruder bleiben wollten, war, Handel und Gewerbe blühend zu erhalten. In den Fabrikgegenden hatte die chartistische Bewegung ihre größte Stärke entfaltet, dort waren das Elend und die Erbitterung am schärfsten ausgeprägt. Wenn es gelang, die Lage der Fabrikarbeiter und der Bergleute durch lohnenden Verdienst zu heben, dann fiel die Gefahr einer chartistischen Erhebung weg. Mit leerem Magen wird der Mensch leicht rebellisch, aber nach einer guten Mahlzeit sieht die Welt gar nicht so übel aus. Die Freihandelspolitik, für die sich die Regierung entschied, erfüllte also einen doppelten Zweck, einen

wirtschaftlichen und einen politischen. Die Benachteiligung des Ackerbaus fiel dagegen nicht schwer in die Waagschale. In der Politik war von der Unzufriedenheit der Landbevölkerung nichts zu befürchten, und wenn es ihr draußen an Arbeit mangelte, so stand ihr frei, lohnende Beschäftigung in der Industrie zu finden. Der Mann vom Lande konnte sich leicht in die Stadt einleben, der Städter dagegen würde nie einen brauchbaren Landarbeiter abgeben. Also ging die Landwirtschaft über Bord, und das Schifflein des Staats segelte unter der Flagge des Freihandels. Das war freilich nur möglich durch die ungeheure Überlegenheit Großbritanniens in allem, was Handel und Gewerbe anging. Die festländischen Staaten hatten sich noch nicht so hinreichend von den Leiden des napoleonischen Zeitalters erholt, daß sie mit ihrer Industrie in Frage kommen konnten gegen Großbritannien, das durch keinen feindlichen Einfall in der Entwicklung seiner Kräfte gestört worden war und, durch eine riesige Kapitalmacht unterstützt, seine Erzeugnisse billiger und besser als andre Länder herstellen konnte. Fast im Besitze eines Monopols fand Großbritannien seine Rechnung beim Freihandel. Das dürfen wir nicht vergessen, wenn wir die Briten sich ihrer Großmut rühmen hören, mit der sie seit einem halben Jahrhundert fremden Waren freien Eintritt in das Vereinigte Königreich gewähren. Sie haben den Freihandel eingeführt, nicht um fremden Völkern Wohlthaten zu erweisen, sondern weil es ihnen vorteilhaft schien, und sie werden ihn verlassen, sobald sie der Ansicht werden, daß sie mit Schutzzöllen besser fahren.

Mit der Sicherung lohnender Beschäftigung allein war jedoch die charitative Gefahr noch nicht aus der Welt geschafft. Ihre Wurzel lag in der Lehre des *laissez faire et laissez aller*, wonach der Staat bloß Leben und Eigentum zu schützen, nicht aber sich um das Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer zu kümmern hat. Die alte Adelsregierung hatte Kriegsschiffe ausgesandt, die auf Sklavenhändler Jagd machen sollten, aber ohne Herzbeklemmung hatte sie unter ihren Augen eine Sklaverei anwachsen lassen, die viel schlimmer war als die der Schwarzen, die in den Bergwerken die Frauen zu Tieren machte, in den Fabriken die Kinder hinwelken ließ. Bei solchen ungesunden Zuständen, die einen gänzlichen sittlichen Verfall der Arbeiterbevölkerung in sichere Aussicht stellten, war an eine dauernde Blüte der Industrie nicht zu denken. Von denen, die aus dem Arbeiterelend Gewinn zogen, konnte man keine freiwillige Änderung hoffen. Die Gesetzgebung mußte einschreiten und die Arbeit in Fabriken und Bergwerken unter strengere staatliche Aufsicht stellen.

Nachdem der Weg staatlicher Einmischung einmal beschritten war, mußte er eingehalten werden. Trotz aller Betonung der persönlichen Freiheit, die im Staate nur einen Bedrückter sehen will, trotz der mitleidigen Verachtung, mit der der Briten die staatliche Gewalt bei andern Völkern als großmütterliche Gängelung verurteilt, hat der Staat in Großbritannien seinen Wirkungsbereich stetig erweitert und erweitert ihn noch. Früher begnügte er sich damit, dem Bürger etwas vorzuschreiben, jetzt sieht er darauf, daß seine Vorschriften auch wirklich befolgt werden. Der beste Beweis der erweiterten Fürsorge ist

die Schaffung einer Anzahl neuer und die Ausgestaltung einiger der ältern Regierungsabteilungen. Im Handelsamte hat sich die Zahl der fest angestellten Beamten seit 1840 versiebenfacht. Niemand hätte es vor hundert Jahren für möglich gehalten, daß der Staat in die Rechte eines Vaters über seine Kinder eingreifen und sich mit Erziehung befassen könnte. Und doch hat der Staat es gethan, und hat es jetzt sogar unternommen, etwas Ordnung in den jammervollen Wirrwarr des höhern Unterrichts zu bringen. Der freie Brite sieht sich heute von dem Racker von Staat, der in alles seine Nase stecken möchte, ganz gewaltig in der freien Bewegung gehindert, und oft genug klagt er, er werde zuviel regiert. Aber was hilft die Klage? Er muß sich ins Unvermeidliche schicken und, wer weiß, vielleicht sogar die allgemeine Wehrpflicht über sich ergehen lassen. Soll Großbritannien nicht zurückgehn, so muß es den modernen Staat weiter ausbauen.

Ein groß angelegter Plan lag den Reformen, die durch die große Parlamentsreform möglich wurden, nicht zu Grunde. Für etwas wie die Stein-Hardenbergische Gesetzgebung, die ein neues Preußen schuf, war und ist in Großbritannien kein Boden, weil es an dem einheitlichen Willen fehlt. Alle Reformen waren mit Parteipolitik verquickt, trugen den Stempel der Partei. Parteipolitik ist auch im besten Falle mangelhaft; denn sie kann sich nicht über den Grundsatz erheben, der den größten Nutzen für die größte Anzahl fordert. Der Satz ist bestechend, aber einer wahren Staatskunst nicht würdig. Er kennzeichnet den individualistischen Staat, nicht den gesellschaftlichen, der für das Wohl aller, auch der geringsten seiner Glieder zu sorgen hat. Für eine Parteiregierung ist der Satz aber sehr bequem. Da sie die Mehrzahl der Wähler hinter sich haben muß, vermag sie mit ihm alle Maßnahmen zu decken. In Großbritannien ist ihm der Ackerbau zum Opfer gefallen, und zu spät erkennt man jetzt, wie dadurch der beste und kräftigste Teil des Volks vom Lande in die Fabrikstädte oder zur Auswanderung getrieben worden ist. Die Größe eines Staats beruht weniger auf der Masse der Güter und des Geldes, die in ihm aufgehäuft wird, als auf den Menschen, die ihm angehören, und ein kräftiges Volk hat eine bessere Zukunft vor sich als ein reiches.

Die britische Gesetzgebung beschränkt sich auf das unmittelbar Nötige. Die Gesetze sind schon in der Vorlage nicht von einem über dem Ganzen stehenden Geiste, sondern von Parteirücksichten eingegeben. Nach allen Seiten muß Ausschau gehalten werden, ob nicht durch eine Bestimmung eine der vielen mächtigen Interessengruppen verletzt wird. Da sind die Eisenbahnen, die Reedereien, die Banken, die Brauer und die Schenkwirte, sie alle verlangen sehr zart behandelt zu werden, oder das Zünglein an der Wage neigt sich nach der andern Seite. Die öffentliche Meinung muß sich in sehr starken Ausdrücken ergehen, bevor die Interessengruppen ein Haarbreit von ihren vermeintlichen Rechten aufgeben. Wo der Kuhhandel Regierungsmaxime ist, muß man froh sein, wenn ein einigermaßen brauchbares Gesetz zustande kommt, das wenigstens dem dringendsten Bedürfnis abhilft.

Unter der Notwendigkeit, auf die Interessengruppen Rücksicht nehmen zu

müssen, leiden beide Parteien als einer Folge der Parlamentsreform. Der Mittelstand hat eine Fülle widerstreitender Bestrebungen in die Parteien eingeführt, und die vordem so einfache Parteipolitik ist sehr verwickelt geworden. Den Whigs und Tories machte die Parlamentsreform den Garaus. Sie waren nur Vertreter einer einzigen Klasse der Gesellschaft und brauchten sich nicht mit Rücksichten abzugeben. Die Parlamentarier der Zeit nach 1832 hatten dagegen schon eine mehrere Klassen umfassende Wählerschaft hinter sich, und dementsprechend ergab sich eine Umbildung der Parteien. Aus den Tories wurden Konservative, aus den Whigs Liberale. Eine Reihe von Jahren zwar blieben die alten Bezeichnungen noch im Gebrauch, weil die Mitglieder der alten Parteien auch noch im reformierten Parlament saßen, und weil die Teilung des Parlaments in zwei Parteien fortbauerte. Bald jedoch traten sie ganz zurück; heute werden Whigs gar nicht mehr erwähnt, und von Tories liest man höchstens noch in liberalen Blättern, wenn sie die Engherzigkeit der Konservativen besonders scharf abtanzeln wollen, etwa wie deutsche Zeitungen von den Sunkern reden.

Die weitere Ausdehnung des Stimmrechts ist natürlich nicht ohne Wirkung geblieben. Noch haben, bei der Kostspieligkeit der Wahlen, Adel und Mittelstand das Szept in Händen. Mit geringen Ausnahmen gehn aus ihnen die Mitglieder des Unterhauses hervor. Aber die Stimmung der Massen muß sorgfältig in Berechnung gezogen werden. Nun, die lange politische Schulung befähigt die besitzenden Stände, sich den Verhältnissen anzupassen, und mit Hilfe der Presse gelingt es ihnen, auch die Arbeiter zu leiten. Wenn die Presse irgendwo eine Macht ist, so ist sie es in England.

In Deutschland wird es der Regierung herzlich schwer gemacht, durch die Presse auf das Volk einzuwirken. Es gilt für gesinnungstreu und unabhängig, an allem, was die Regierung thut, zu mäkeln, und ein Blatt, das die Regierung unterstützt, läuft Gefahr, als Reptil verschrien zu werden. Bei der Zersplitterung des deutschen Volkes in eine übergroße Zahl von Parteien kann auch die deutsche Presse nur Zersplitterung widerspiegeln, und es kann nur wenig Zeitungen geben, die mit der Regierung Fühlung behalten. Anders liegt es in Großbritannien, wo die Regierung nicht über den Parteien steht, sondern nur die Ausgeburt einer Partei ist. Den Anhängern der Partei muß alles daran liegen, ihre Leute im Amte zu erhalten, und deshalb steht die gesamte Presse der herrschenden Partei im Dienste der Regierung, um den Ansturm der Gegner zu bekämpfen und dem weisen Wähler die Politik der Minister als die allein waschechte und seligmachende Wahrheit zu predigen. Von einer politischen Bildung und Erfahrung der Massen kann man nicht reden. Wo sollte die herkommen? Die Masse des Volkes hat ja erst 1867 ein Wahlrecht erhalten, und die allgemeine Schulpflicht ist erst 1870 eingeführt worden. Die gerühmte politische Bildung der Briten findet sich nur in den obern Klassen. Die breite Mittelklasse leiert gedankenlos nach, was die Zeitungen drucken, und in den untern Klassen stößt man beim ältern Geschlecht, das 1870 schon über das schulpflichtige Alter hinaus war, fort und fort auf Leute, denen das Schreiben eine unbekannte Kunst ist, die höchstens Ge-

drucktes entziffern können. Eignes Denken kann man auch bei denen nicht erwarten, die eine bessere Bildung als die der Elementarschule genossen haben. Das Denken wird immer und überall — das Volk der Denker und Dichter macht davon keine Ausnahme — nur von wenigen besorgt; bei dem Reste muß man zufrieden sein, wenn sie sich die Gedanken der wenigen aneignen können. In Großbritannien ist deshalb die Presse Trumpf. Wer die Presse in der Hand hat, hat die Macht. An der Spitze stehn die alten Parteiblätter der Konservativen und der Liberalen, die, mit reichen Mitteln ausgestattet, einen Unternehmungsgeist zu entfalten vermögen, gegen den minder begünstigte Blätter schwer aufkommen können. Ihre Auflage zählt nach Hunderttausenden. Ihnen sind, besonders in den letzten Jahren, eine Anzahl von Zeitungen zur Seite getreten, die in der Behandlung des Stoffs wie in ihrem billigen Preise*) vornehmlich auf die Massen berechnet sind. Aber auch sie fügen sich in den Bann der beiden großen Parteien, die miteinander um die Herrschaft ringen, und helfen ihrerseits eifrig mit, die Arbeiter unter der Führung der besitzenden Klassen zu halten. Der Wille des Volks ist die Richtschnur der Regierung, der Wille des Volkes ist entscheidend, so lautet das Lied, das in allen Tonarten dem Volke vorgefungen wird. Daß der Wille des Volkes den Parteiführern genehm ist, dafür sorgt die Presse.

Der Geschlossenheit der Parteipresse darf man wohl zuschreiben, daß die britischen Parteien so lange vor der Zersetzung bewahrt geblieben sind, die das Schicksal der Parteien in andern Ländern geworden ist, wie z. B. in Frankreich, wo in den einunddreißig Jahren seit dem Sturze des Kaiserreichs die Minister nicht weniger als siebenunddreißigmal gewechselt haben. Großbritannien hat in demselben Zeitraum nur acht Premierminister gehabt. Ausbleiben wird die Zersetzung auch in Großbritannien nicht. Der Mittelstand und der Adel konnten sich zu den Parteien der Liberalen und der Konservativen zusammenthun, weil sie bei allen Sonderinteressen die gemeinsame Grundlage des Besitzes hatten. Durch die beiden spätern Reformen des Wahlrechts ist aber die Zahl der Wähler aus den untern Klassen zu groß geworden, als daß anzunehmen wäre, sie würden sich auf die Länge der Zeit damit begnügen, gängelt zu werden. Solange die Regierung es fertig bringt, durch Erschließung neuer Märkte Handel und Wandel blühend zu erhalten, mag der Arbeiter sich das gefallen lassen. Sobald sich aber eine ungünstige Lage des Welthandels ihm in der Tasche fühlbar macht, wird er die alten Parteien beiseite zu schieben suchen.

In der liberalen Partei, als der demokratischen Einflüssen mehr ausgeföhrt, hat die Zersetzung schon begonnen. Sie begann schon zu Gladstones Zeiten mit dem Abschwenken der liberalen Unionisten, und nur die Achtung, die man dem verdienten Kämpfen zollte, hielt die Einigkeit unter dem Reste aufrecht. Nach Gladstones Abtreten von der Bühne sind die verschiedenen Richtungen, die innerhalb der Partei nebeneinander bestehn, schärfer zum

*) Die Times allein hält noch an dem Preise von 3 Pence fest. Standard, Daily News usw. kosten 1 Penny, die neuern, wie Daily Mail und Daily Express, nur $\frac{1}{2}$ Penny = 4 Pfennige. Daily Mail hat eine tägliche Auflage von mehr als einer Million.

Ausdruck gekommen, sodaß die Einheit nur noch äußerlich ist. In der für Großbritannien so verhängnisvollen südafrikanischen Frage herrscht ein wirres Durcheinander von Meinungen, das dem Führer der Partei ein festes und folgerichtiges Auftreten verwehrt. Da sind unter seinem Gefolge viele, die ganz und gar mit den Singos gehn möchten; andre wieder verurteilen den Krieg und die Weise, wie er herbeigeführt worden ist, sehen aber keinen Ausweg, als der gegenwärtigen Regierung freie Hand zu lassen; eine dritte Gruppe glaubt, die Buren der britischen Flagge durch sanfte Behandlung geneigt machen zu können, und eine vierte endlich ist dafür, den Buren ihre volle Unabhängigkeit zu lassen. Nicht mehr Übereinstimmung ist in der innern Politik zu finden. Die Erweiterung des Wahlrechts hat die Partei nach links getrieben, und die rührigen Radikalen ins Vordertreffen gebracht, aber ohne ihnen ein Übergewicht zu verleihen. Auch nach dem Ausscheiden der Unionisten steht diesen noch eine große Zahl gemäßigt Liberaler gegenüber, die jederzeit Wasser in den radikalen Wein gießen und sich in vielen Dingen dem Standpunkte des Herzogs von Devonshire und seiner Freunde nähern. Ganz getrennt von den Liberalen ist schon die unabhängige Arbeiterpartei, die zwar nur drei Mitglieder zählt, aber wahrscheinlich im Laufe der Zeit ebenso wachsen wird, wie die der Sozialdemokraten im deutschen Reichstage.

Die Aussichten der Liberalen für die Zukunft sind wenig rosig. Bei der Lauheit, mit der die Mehrheit der Liberalen die Homerulefrage betrachtet, ist ein Bündnis mit den Iren ausgeschlossen. Durch innern Hader zerrüttet, ohne feste innere oder äußere Politik könnten sie auch mit den Iren nicht auf einen Sieg an der Wahlurne rechnen, auf keinen Fall aber stünde ein Sieg zu erwarten, der sie wie die gegenwärtige Regierung auch von den Iren unabhängig machte.

Den Konservativen und den mit ihnen verbündeten liberalen Unionisten kommt der Zerfall der liberalen Partei sehr gelegen. Er hat ihnen 1895 die Macht überantwortet und hat sie 1900 darin bestätigt. Als Verfechter des Bestehenden sind die Konservativen an sich schon viel geschlossener als ihre Nebenbuhler, und die Zeichen innerer Auflösung machen sich bei ihnen noch nicht oder nur wenig bemerkbar. Die Konservativen mögen zufrieden sein, aber für Großbritannien hat die Lage schwere Bedenken, denn thatsächlich ist durch die Ohnmacht der Liberalen die Grundlage seiner parlamentarischen Regierung zerstört. Die Erfolge dieser Regierungsform beruhten auf der Mäßigung, die das Vorhandensein einer kräftigen, regierungsfähigen Opposition der herrschenden Partei auferlegte. Wohl führten die Kompromisse, die bei aller Gesetzgebung nötig waren, oft nur zu halben Maßregeln und zu einer Unklarheit im Ausdruck, die Rechtsstreitigkeiten Thür und Thor öffnete, aber sie verhinderten doch die schrofne Weltendmachung einer einseitigen Parteiauffassung. Davon kann bei der Allmacht einer einzigen Partei nicht mehr die Rede sein. Die Konservativen fragen auch nicht das geringste mehr nach einer Opposition, die nicht regierungsfähig ist, sondern verfolgen ohne Rücksicht die imperialistische Politik, für die ihre Presse seit sieben Jahren das britische Volk bearbeitet hat. Die imperialistische Politik hat den großen Haufen hinter sich,

und ohne Zweifel enthält sie auch ein gutes Stück nationaler Politik, da die Ausbeutung der südafrikanischen Goldfelder die britische Kapitalkraft stärken und der Industrie die Überwindung von Krisen erleichtern würde, die weniger kräftigen Nebenbuhlern verhängnisvoll sein müßten. Am Ende würde also auch der britische Arbeiter gewinnen. Aber das kann nicht den Hauptfehler dieser Politik verdecken, daß sie nur Parteipolitik ist, eingegeben und geleitet von einem geldgierigen Kapitalismus. J. A. Froude schrieb 1885 in seinem Buche *Oceana*: „Es liegt in der Natur der Partei, daß Parteiführer die Dinge nie sehen, wie sie wirklich sind, sondern nur wie sie für den Augenblick die Interessen eines Teils der Gesellschaft berühren.“ Froude fand, daß die heimischen Parteiführer in ihrer Kurzsichtigkeit kein Verständnis und kein Herz für die Kolonien hätten. Jetzt werden die Kolonien gestreichelt und gehätschelt; doch schwerlich würde sich Froude, wenn er noch lebte, über diesen Imperialismus freuen, der die ganze Welt nur danach beurteilt, wie sie sich in den Zahlenreihen des Hauptbuchs ausnimmt, und der sittliche Kräfte unterschätzt. Selten hat sich eine Berechnung trügerischer erwiesen, als die der britischen Imperialisten, und nun hat das ganze britische Volk mit seinem Blute und seinem Gelde dafür zu büßen.

Es wäre thöricht, aus den Mißerfolgen in Südafrika geringschätzende Schlüsse über Großbritannien zu ziehen. Ein andres Volk würde wahrscheinlich unter gleichen Umständen nicht mehr geleistet und kaum dieselbe Fähigkeit in der Verfolgung eines einmal begonnenen Unternehmens bewiesen haben. Diese Fähigkeit in einer Sache, die von allen andern Völkern mit Recht verdammt wird, ist ein Beweis, daß noch ein tüchtiger Kern im britischen Volke steckt. Bei der Beurteilung darf nicht übersehen werden, daß die imperialistische Presse eine Reihe von Jahren systematisch das britische Volk wider die Buren verhetzt und diese in solchen Farben dargestellt hat, daß der Brite alles Ernstes glaubt, eine gute Sache zu verfechten. Die Blutschuld liegt nicht bei dem irreführten bethörten Haufen, sondern bei den Parteipolitikern, und weiter zurück ist dafür verantwortlich der Verfall der parlamentarischen Regierungsform, die zu gedeihlichem Wirken das Vorhandensein einer Opposition verlangt, die stark genug ist, Übergriffen zu begegnen. Die Form ist geblieben, der Inhalt ist plutokratischer Cäsarismus.

Das Rom, das wir bewundern, ist das Rom der alten republikanischen Einfachheit, nicht das lukullische, das nur einer kleinen Gruppe herrschsüchtiger Nabobs diente. England, das sein Reich so gern mit dem römischen vergleicht, ähnelt heute mehr dem lukullischen als dem republikanischen, und sein Imperialismus scheint ebenso teuer werden zu wollen wie der römische, durch den Augustus die Varischen Legionen verlor. Der Weg, den England eingeschlagen hat, ist derselbe Weg, auf dem das alte Rom seinem Untergange zueilte. Ein Zurück giebt es nicht, so lange die gegenwärtige Regierung mit ihrem imperialistischen Programm besteht.

Eine liberale Ablösung kommt nicht in Frage. So bleibt dem englischen Volke nur die Wahl, entweder die Folgen auf sich zu nehmen, die sich aus dem Beharren auf dem betretenen Pfade ergeben, oder mit der Gewohnheit der

Regierung durch Parteien zu brechen und die Leitung des Reichs einem Kabinettsanzuvertrauen, das nicht von einer Partei, sondern von dem über den Parteien stehenden König ausgewählt wird. Eine Wiederkehr stuartischer Tyrannei braucht man nicht zu befürchten, wenn der König die ihm gebührende Stellung wiedergewinnt; dagegen würde dem Cäsarismus des Mammons die Spitze abgebrochen werden.

Wenn es dazu kommt, wird es auch an den geeigneten Leuten nicht fehlen, die eine Regierung bilden könnten. Den Premierminister dürfte man in Lord Rosebery sehen. Seit seinem Rücktritt im Jahre 1895 ist Rosebery seine eignen Wege gewandelt. Er ist nicht mehr das Haupt der liberalen Partei; seit dem vorigen Jahre kann er überhaupt nicht mehr zu ihr gerechnet werden. Rosebery pflügt seine Furche für sich allein. Er steht jetzt da als völlig parteilos, und wenn er beteuert, er würde freiwillig die politische Arena nicht wieder betreten, so darf man darunter nur die Arena des Parteikampfs verstehen. Er spart seine Kräfte auf für die Zeit, wo er berufen wird, als Vertrauensmann des Königs das rettende Ministerium der Zukunft zu schaffen. Doch erst muß das britische Volk zu der Einsicht gelangen, daß die konservativen Imperialisten den Staatskarren gründlich verfahren haben. Dann erst sind die Voraussetzungen für eine parteilose Kabinettsbildung und eine neue gesunde Entwicklung gegeben.



Die Balearen



Im Laufe der Zeiten haben es die Engländer verstanden, auf der gesamten Erde die Länder, die durch Reichtum an Kultur- und Handelspflanzen oder nuzbaren Mineralien besonders wertvoll waren, sowie eine Anzahl von Orten, die als Handelsmetropolen oder Etappen der Handelswege oder wegen ihrer strategischen Bedeutung von Wichtigkeit waren, in ihren Besitz zu bringen.

Englands wertvollste Kolonie ist Ostindien. Ihre ungestörte Ausbeutung erheischt die Sicherung des dahin führenden Weges. Als solcher kommt jetzt, wo der früher nötige Umweg um das Kap der guten Hoffnung wegen des Mehrverbrauchs an Zeit und Kohlen zu kostspielig wäre, fast ausschließlich der durch den Suezkanal in Betracht. Dieser Weg ist durch eine Reihe von befestigten Kriegshäfen, Schiffs- und Kohlenstationen, von denen besonders Gibraltar, Malta und Aden zu nennen sind, sowie durch die Okkupation von Ägypten gesichert. Ägypten hat jedoch, da es als Beherrscher des Suezkanals den Verkehr Süd- und Ostasiens, Australiens und Ostafrikas mit Europa vermittelt, inzwischen selbst eine ungeheure Bedeutung erlangt und sich als eine Goldgrube für England erwiesen. Zugleich hat der Suezkanal den sinkenden Handel im Mittelmeere wieder neubelebt. Aus diesen Thatsachen ergibt sich die hohe Bedeutung des Mittelländischen Meeres für England.